

## **Hamburger Urteil zur Bezahlkarte: Nies fordert Anpassungen für Asylbewerber**

Hamburgs Gericht urteilt zur Bezahlkarte für Geflüchtete: Schleswig-Holsteins Grüne sehen Chancen für Anpassungen.

In der Debatte um die finanzielle Unterstützung von Asylbewerbern gewinnt ein Urteil des Sozialgerichts Hamburg an Bedeutung, das die Verwendung einer Bezahlkarte für Geflüchtete betrifft. Diese Entscheidung könnte weitreichende Auswirkungen auf die Unterstützungssysteme in mehreren Bundesländern haben.

### **Hamburger Entscheidung im Fokus**

Das Sozialgericht in Hamburg hat entschieden, dass eine pauschale Bargeldobergrenze auf der Bezahlkarte für Asylbewerber nicht rechtmäßig ist. Betroffen ist eine geflüchtete Familie, die wie viele andere mit spezifischen Bedürfnissen konfrontiert ist. Die Klägerin, eine Frau mit einem Kleinkind und einem weiteren Kind auf dem Weg, argumentierte erfolgreich für einen erhöhten Bargeldbedarf.

### **Bedeutung für Schleswig-Holstein**

Catharina Nies, eine Abgeordnete der Grünen in Schleswig-Holstein, hat die Entscheidung des Gerichts begrüßt. Sie betont, dass in ihrem Bundesland die Bezahlkarte noch nicht eingeführt ist und dies nun eine Gelegenheit darstellt, die Regelungen zu überdenken. Nies erklärt: „Wir haben die Chance, noch nachzusteuern.“ Ihre Äußerungen heben die Vorteile hervor, die

eine flexible Regelung nach sich ziehen würde.

## **Individuelle Lebenslagen berücksichtigen**

Ein zentrales Argument der Grünen-Abgeordneten ist die Notwendigkeit, individuelle Lebensumstände zu berücksichtigen. Im Urteil wird festgestellt, dass starre Bargeldgrenzen nicht in der Lage sind, den variierenden Bedarf von etwa Schwangeren oder Familien mit mehreren Kindern zu decken. Nies führt weiter aus, dass örtliche Besonderheiten und persönliche Lebenslagen wie Alter oder der Gesundheitszustand der Menschen hier von Bedeutung sind.

## **Administrative Herausforderungen**

Wenn die Hamburger Entscheidung auch in der Hauptsache Bestand hat, könnte dies einen bundesweiten Reformbedarf mit sich bringen. Nies warnt, dass es andernfalls zu einem unübersichtlichen Verwaltungsaufwand kommen könnte, da jede Asylbewerberleistungsbehörde im Einzelfall überprüfen müsste, inwiefern das Bargeld für eine Familie ausreichend ist.

## **Die Bezahlkarte im Kontext**

Die Bezahlkarte für Asylbewerber wurde eingeführt, um die staatlichen Leistungen in Form von Guthaben bereitzustellen, anstelle von Bargeld. Dieser Schritt soll sicherstellen, dass Hilfgelder nicht missbraucht werden, beispielsweise für Zahlungen an Schlepper oder für Überweisungen ins Ausland. Doch das jetzige Urteil spricht dafür, dass eine einheitliche Regelung nicht ausreicht, um den spezifischen Bedürfnissen aller Betroffenen gerecht zu werden.

Insgesamt zeigt das Urteil aus Hamburg, wie wichtig es ist, flexible und anpassbare Lösungen für die finanzielle Unterstützung von Geflüchteten zu finden. Dieses Thema wird sowohl in der Politik als auch in der Gesellschaft weiterhin an

Bedeutung gewinnen, da es zentrale Fragen der Gerechtigkeit und der Unterstützung in Krisenzeiten aufwirft.

- **NAG**

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](http://n-ag.de)**